

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossen, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Besitzpreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Aufstellungsgebühr) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-El. / Geschäftsführer und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17239 / Postleitzettel Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel, Schriftleitung: Dresden-El. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Nr. 17239 / Druckanrichte: "Arbeiterstimme", Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Montagabends nachm. 3-5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neuromanisch gesetzte Sonderanzeigeseite oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezelle anschließend an den dreigeschalteten Tafelseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Zannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-El. Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen höheren Gewalten besteht kein Anspruch auf Belehrung der Zeitung oder auf Durchdringung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 11. März 1926

Nummer 59

Kaufgedachte Betrugsmäöver!

Die 23 Rechten lehnen die sozialdemokratischen Anträge ab

Gest Wochen werden im Sächsischen Landtag in den Kreishäfen die sozialdemokratischen 20 Millionen-Anträge von einer Sitzung zur anderen verschleppt. Die Anträge zur Erwerbslosigkeit und zum Wohnungsbau, sowie zum Arbeitsbeschaffung und noch unerledigt, und es ist gar nicht abzusehen, wann sie überhaupt zur endgültigen Verhandlung gelangen werden. Vorläufig hat zunächst die Regierung über die zweitwichtigsten Fragen, die der Volkspartei Klüger als Gegenzug gegen die sozialdemokratischen Anträge aufgestellt hat, eine dritte Denkschrift zusammengestellt.

In einer unerwartet schnellen Entscheidung kam es am Mittwoch, den 10. März, im Reichsausschuss des Landtages. Der 23. der sozialdemokratische Antrag auf Abrechnungserklärung der Gewerkschaften zum zweitenmal zur Verhandlung. Die bürgerlichen Parteien wollten zur Abmischung der Entscheidung einzelne Mandate durchsetzen, wie in den anderen Kreisen. Deshalb legte der Volkspartei Klüger eine Reihe von Anträgen an die Regierung vor. (Er machte es also 30 Prozent billiger als sein Parteifreund Klüger!) Der Finanzminister Scheide gab sofort eine Erklärung ab. Er bekannte, daß ein Teil der Fragen sehr rasch beantwortet werden könne, doch aber im Übrigen eine Reihe anderer Fragen zur Beantwortung eine mehrwöchige Vorarbeit notwendig mache. Die Fragen verfolgten nach der Begründung des Abgeordneten Kühlzusammen, nachzuweisen, daß die Steuer für die Befragenden in Erfüllung zu bringen sei.

Erklärung Scheide gegen die Anträge

Nach dem Finanzminister Dehne nimmt der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktionsspitze, Böhme, das Wort, er erklärt:

„Daher er gegen die sozialdemokratischen Anträge stimmen werde.“

Die Befragungsfrage wurde somit jetzt nicht fassbar und erst in späterer Zeit eingeholt. Es fehlen Vorauflösungen auf die Gewerkschaften gefordert worden mit dem Hinweis auf die neue Regelung der Steuer. Das Gewerbesteuergesetz der Regierung ist jetzt bereits an den Landtag gekommen. Die ganze Frage wurde zuerst durch das Gesetz neu geregelt. Es schreibt die Erhöhung der Steuer als unpraktisch und zum großen Teil ungünstig und nicht zum Ziel führend ab.

Die Befragung Böhmes schloß sich unmittelbar der sozialdemokratischen Volkspräsident Kühl an.

Damit ist das Schicksal des sozialdemokratischen Antrages entschieden. Der sozialdemokratische Ausschuss-Vorsitzende Böhme macht sich die durch die Erklärung von Kühl und Böhle geäußerte Erklärung zunutze und fordert eine sofortige Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag. Der einzustimmende Fall ist jedoch technisch unschlüssig nach allen Seiten zu halten, indem er nochmögliche Zurückstellung des Antrages und erneute Beratung in den Reaktionen beansprucht. Er blieb mit keinen Anweisungen vor einer raschen Entscheidung allein.

Böhme Böhme gab hierauf für die kommunistische Fraktion die Befreiung ab, daß die Stellungnahme der

rechten sozialdemokratischen Führer Böhle und Kühl die Situation für die Bourgeoisie wieder gereitet habe. Böhle und Kühl haben offen gegen die Anträge ihres Landsmanns geweckt und damit, sei jetzt offensichtlich vor der Nobelpartei das Agitationsmäöver der sozialdemokratischen Führer entlarvt und zulämmgebrochen. Weitgehend zeigt diese Aktionierung auch das Schicksal des übrigen sozialdemokratischen Antrages. Die kommunistische Partei wird ihrerseits weiter für die Erwerbslosen und Wohnungsbau kämpfen. Die endgültige Entscheidung im Plenum müsse so rasch wie möglich herbeigeführt werden.

Die Führer der Rechten im Ausschuss, Arzt und Edel, haben in dieser Sitzung nicht eine einzige Gelegenheit zur Bekämpfung ihrer Anträge gepröfet. Sie liegen ab schwiegend die neue Meuter der rechten Führer gegen die Wohlfülle ihres Landtagsparteitages gefallen, ohne gegen sie zu protestieren. In völlicher Resignation und Passivität liegen die linken Führer den Dingen ihren Raum. Die bürgerlichen Parteien werden angezeigt dieser Weise der Rechten immer dreister, die Rechten gewinnen politisch täglich mehr die Führung und die sozialdemokratischen Arbeitnehmer sind die Erzeugen.

Zur Abstimmung wurde von der breiten Front der bürgerlichen Parteien und der rechten Sozialdemokratie der Antrag des sozialdemokratischen Landtagsparteitages zur Finanzierung der Erwerbslosenhilfe abgelehnt.

Die Anträge der SPD, die Sprungpulsen für die Koalitionsregierung seien sollten, haben sich als Sprungpulsen für die sozialdemokratische Fraktion erwiesen. Binnen kurzer müssen die Anträge der SPD in das Plenum des Landtages zurück. Dort wird dann die endgültige Entscheidung fallen. Die Vorentscheidung ist bereits im Ausdruck getroffen. Die Anträge der SPD werden mit Hilfe der rechten Führer abgelehnt werden. Wollen die sozialdemokratischen Arbeitnehmer diesen „neuen Schutzenkreis“ der Rechten verhindern, dann müssen sie mit aller Kraft und Alleskönne den Kampf gegen die Rechten annehmen. Sie müssen die Dejantur aus ihren Reihen ausschließen. Die linken Führer stehen vor der Entscheidung, in diesem Kampf zu den Arbeitern zu stehen oder sich durch neuen Kompromiß und neuen Ausweichen mit den Rechten zu koalieren. Die sozialdemokratischen Arbeitnehmer müssen erkennen, daß es ein falliges Spiel ist, wenn die linken Führer den Parteidoktorat um eine neue Entscheidung anrufen. Der Parteidoktorat hat unzählige Male bewiesen, daß er auf der Seite der Rechten steht. Die Rechten können nicht übergeklämt werden mit dem Parteidoktorat, sondern nur gegen den Parteidoktorat.

Der Sturz der Heldregierung und die Auflösung des Landtages müssen von der sächsischen Arbeiterschaft mit noch größerer Energie wie bisher betrieben werden. Den Schurkenreich der Rechten müssen die sozialdemokratischen Arbeitnehmer mit einem eisigen Zufriedenmachen mit den kommunistischen Arbeitern in den Einheitskomitees beantworten.

122 425 neue Stimmen abgegeben wurden und damit das Ergebnis auf 500 226 Einzeichnungen stieg. Ist trotz des ungünstigen Wetters auch am Mittwoch die Beteiligung immerhin noch so rege gewesen, daß für Berlin das sechste Hunderttausend bereits überschritten ist.

Als Dienstag abend wurden in folgenden Städten Stimmen abgegeben:

Magdeburg 27 177 — Leipzig 10 317 — Mannheim 27 000 — Stuttgart 23 500 — Cottbus 3 000 — Stettin 24 000 — Düsseldorf Stadt 25 057 — Bremen 17 287 — Eberfeld 10 288 — Solingen 6 677 — Solingen Landkreis 28 000 — Krefeld 10 000 — Remscheid 8 224 — Wald 15 75.

Die abgegebenen Stimmen erhöhten sich am Dienstag in Essen auf 40 000, in Bielefeld 11 000, das sind insgesamt 2000 Stimmen mehr, als SPD. und KPD. zusammen bei der letzten Abstimmung erzielten.

In Chemnitz trugen sich am gestrigen Tage 10 200 Wähler ein. Damit ist die Gesamtzahl auf 52 800 gestiegen. In Frankfurt a. M. wurden 35 800, in Hamburg 11 900 neue Stimmen abgegeben, so daß die Gesamtzahl von Hamburg 95 900 beträgt.

Die Sabotage in den verschiedensten Orten geht weiter. So lehnt der Stettiner Magistrat die Errichtung eines Einzeichnungslabors in dem Krankenhaus und ebenso die Ausgabe von Wochenschriften an alle nach dem 15. März zugezogenen Personen ab.

Die Union der Deutschen Nationalen in Hamburg, wo ihre Vertrauensmänner als angebliche Kommunisten in den Häusern Stimmen auf Blättern sammeln und gleichzeitig erläutern, daß eine Eintragung im Latal dadurch erlaubt werde, hat Nachahmer gefunden. Das gleiche Vorzeichen von nationalen Organisationen wird aus Dortmund ab berichtet. Es handelt sich also offenbar um eine zentral ausgegebene Barbole.

Memorandum und Sozialdemokratie

Von Karl Beder

Die Art, wie die Sozialdemokratische Partei in voller Vereinigung mit der liberalisierenden Presse vom Schlag der „Tante Voß“ und des „Berliner Tageblattes“ zu den Memoriern Stellung nimmt, ist nicht nur seltsam, sondern auch eine große Gefahr. Mit den sogenannten Aufmachungen ihrer Presse, mit der Pole der großen Kämpfer gegen die Memoriere und ihre Hintermänner, wollen sie nur ihre politische Mitschuld an diesen Dingen vergessen machen. Indem die sozialdemokratischen Führer durch ihre weitverbreitete Presse dem ob der bekannt gewordenen Memoriere statzig gewordenen Michel entreden, es handelt sich dabei nur um eine Auswirkung des sonst wunderbaren kapitalistischen Systems und nicht um ganz „normale“ Lebensformen des um seine Herrschaft stützenden und deshalb mit allen Mitteln kämpfenden Kapitalismus in der Epoche seines Niederganges; indem sie dem zum Denken erweckenden Arbeiter und vereinsdeten Kleinbürgern eindringen, als könne der Kampf gegen die Memoriere geführt werden durch Auslieferung der Werkzeuge dieser Politik an die Justiz der neudoulousen Republik, indem sie das tun, besorgen sie nur die Geschäft der Hintermänner der Memoriere und erweisen sich auch in diesem Fall als die getreuen Vasallen der Bourgeoisie.

Die sozialdemokratische Zeitungsschreiber stellen sich dümmlicher als sie sind. Bei den Verbindungen ihrer regierenden und beamten Parteigenossen ist ihnen bekannt, was die Spione von allen Dächern pfeilen, daß die Hintermänner der Memoriere denselben Kreisen entstammen wie jene, mit denen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer an einem Tisch in den Arbeitsgemeinschaften saßen. Sie wissen, daß dieselbe Hand, die den Legionen, Leipzig, Großmann den Dank ausdrückte für die „opferbereite Mitarbeit“ zur Verhinderung der „herrschaftlichen Gefahr“ in Deutschland, es war, die die schwarze Reichswehr finanzierte und die schwärze Reichswehr finanzierte die Memoriere. Die „herrschaftliche Gefahr“ von 1918 und 1923 bestand darin, daß die Arbeiterschaft auf dem einzigen möglichen Wege, auf dem Wege des unerbittlichen Klassenkampfes der Werkstätten gegen die Bourgeoisie, diese niederkämpfen und die Bahn frei für den Sozialismus machen wollte. Zur Verhinderung dieses Kampfes zur Befreiung der Arbeiterschaft vereinigte sich die Sozialdemokratie in den Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum gegen die kämpfende Arbeiterschaft und gründete mit Hilfe des Generals Gröner, dem „Hundskoll“-General, mit Noske und Lüttich, dem Rapp-Putsch-General, mit Ebert und Hindenburg die neudeutsche Bourgeoisie-Republik zur Verhinderung der Räterepublik der deutschen Arbeiter. In diesen entscheidenden Zeiten waren die Mörder und die Gemordeten derjenigen Memoriere, die Bundesgenossen der Sozialdemokratie. Dies ganz klar festzustellen ist notwendig, um den Dingen auf den Grund zu gehen, anstatt an den Symptomen, an die Wurzel die Hebel anzusetzen.

In der „glorreichen“ Zeit der Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit den Freiwilligenverbänden, deren Nachfolger die Schwarze Reichswehr ist, waren Memoriere, d. h. die Hinrichtung von willkürlichen oder vermeintlichen Verrätern der guten gemeinnützigen Sache der Bekämpfung der bürgerlichen Gefahr“ legitime Justizfunktionen dieser Verbände. In der Periode der Ruhrbesetzung, im Jahre 1923, wurden die Memoriere an den Feinden, den Separatisten, gekauften Subjekten der Entente oder auch nur irreführten armen Teufeln, in der sozialdemokratischen und demokratischen Presse fast so offen wie in der nationalistischen geschildert, wenn auch in den Organen der beiden ersten genannten Parteien die Angst vor der Entente ihre Presse-Äußerungen etwas dämpfte. An die Haltung dieser beiden Organe während des Krieges gegenüber der heimischen Kriegsjustiz ausführlich zu erinnern, erläutert sich für heute.

Im Falle Jürgens lohen wir dieselbe Haltung der Sozialdemokratie, und auch hier trägt sie dieselbe Mitverantwortung.

Wie ist der Widerspruch in diesen Rollen zu dem jetzigen moralisierenden Pazifismus aufzulösen? Ganz einfach. Die Sozialdemokratie hat längst aufgehört, eine Partei zur Vertretung der Klasseninteressen des Proletariats zu sein. In allen entscheidenden Kämpfen um die Macht verbündet sie sich mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat. In diesen entscheidenden Kämpfen billigt die Sozialdemokratie alle Mittel der brutalen Gewalt gegen die revolutionäre, kämpfende Arbeiterschaft. In Zeiten der Ohnmacht und Schwäche des Proletariats, wo die „normalen“ Machtmittel der Bourgeoisie ausreichen, die Arbeiter niederzuhalten, ist die Sozialdemokratie pazifistisch. Damit sie der Arbeiterschaft auch in Zeiten größter Massenarbeitslosigkeit und größtem Hungerschlags wirklich nom entcheidenden Kampfe abrücken kann muß sie ja tun, als sei sie gegen die Gewaltanwendung aus grundsätzlichen

Steigert die Beteiligung am Volksbegehren

47 000 Stimmen in Dresden.

Nach einer von der Redaktion der „Arbeiterstimme“ gestern beschließenden Erfordnung in den einzelnen Städten und bis jetzt in Dresden 46 800 Einzeichnungen erfolgt. Nicht gerechnet hat dabei die Stimmen des gestrigen Tages und die sogenannten Pendlerstimmen. Mit der Hinzuzählung dieser sind 47 600 Einzeichnungen überschritten. Besonderswert ist die starke Beteiligung der Kleinbürger, Rentnern, Arzten, Handwerkern usw. Eine Woche lang ist die Schlacht geschlagen. Jetzt gilt es, die Zahl im Laufe der Woche noch mehr zu steigern. Jeder Wahlberechtigte und an die Einzeichnungszettel gebracht werden. Es gilt, den Massenstimmen einen solchen Schlag zu verleihen, daß sie es nicht mehr wagen, einzige Vorstände zu unternehmen. Noch nicht über die Stimmenzahl dazu nicht aus. Was die Beteiligung nach wie vor schon günstig ist, so daß am Montag insbesondere vor den einzelnen Städten sich Schlangen von Anstehenden bilden, so muß doch die Arbeit gesteigert werden. Unsere Genossen müssen ihre Wallungen verdoppeln. In den Wohnungen, den Geschäften und Werkstätten gilt es jetzt, nachzuforschen, wer noch nicht zur Einzeichnung war. Überall ist für weitere Aufführung und Beteiligung zu sorgen.

Es geht um 3 Milliarden, die für Sozial-, Alters-, Kleinkinder oder Erwerbslose zu gebrauchen sind. Wollt ihr sie den Bürgern geben? Nein! darum bringt die Wahlberechtigten zur Einzeichnung!

Abstimmungsergebnisse aus dem Reiche

Nach vorliegenden Telegrammen hat die Beteiligung am Volksbegehren im Reich auch am Montag und Dienstag überall deutlich gestiegen.